

Beschlüsse der Bürgerschaft

vom 11. Juli 1930.

1. Gesetz, betreffend Änderung des Umlegungsgesetzes vom 21. Dezember 1929.

Die Bürgerschaft genehmigt den vorgelegten Gesetzentwurf (Verhdlgn. S. 332) mit folgenden Änderungen:

1) Vor Artikel I wird folgender Satz eingefügt:

„Das in der Überschrift genannte Gesetz (Gesetzbl. S. 293) wird in folgender Weise geändert.“

2) In Artikel I Satz 1 werden folgende Worte gestrichen:

„des in der Überschrift bezeichneten Gesetzes (Gesetzbl. S. 293)“.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die zuständigen Behörden anzuweisen, bei jeder Umlegung zu prüfen, ob die in § 34 Abs. 1 Satz 1 erwähnten öffentlichen Straßen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen, soweit sie der Staat oder eine öffentliche Körperschaft gegen Entgelt erworben hat, von der Umlegung auszuschließen sind.

2. Wahl zur Kleingartenkammer.

Die Bürgerschaft genehmigt den vorgelegten Gesetzentwurf (Verhdlgn. S. 369) mit der Maßgabe, daß statt „mit dem 30. Juni 1930“ gesagt wird „mit Wirkung vom 30. Juni 1930“.

3. Neubau eines Obdachlosenheims mit Zentralküche auf dem Gelände Buntentorssteinweg Nr. 94.

Die Bürgerschaft stimmt dem Antrage der Behörde für das Wohlfahrtswesen (Verhdlgn. S. 372) zu.

4. Änderung des Utbremer Bebauungsplanes bei der Fürther Straße.

Die Bürgerschaft erteilt den Anträgen der Deputation für Bauwesen und Stadterweiterung, Ausschuß für Stadterweiterung und Grundstücksverwaltung (Verhdlgn. S. 373) ihre Zustimmung.

5. Änderung des Beamtenruhestandsgesetzes.

Die Bürgerschaft genehmigt den vorgelegten Gesetzentwurf (Verhdlgn. S. 374) mit der Maßgabe, daß in Zeile 1 die Worte „vom 22. November 1924 (Gesetzbl. S. 499)“ gestrichen werden und unter Ziffer 1) zwischen „oder“ und „der“ eingefügt wird: „— soweit er im Eisenbahndienst beschäftigt gewesen ist, und zwar unter Wahrung des bremischen Wohnsitzes —“.

6. Wahl des Gaststättenausschusses.

Die Bürgerschaft wählt als Beisitzer: A. Deppe, W. Holtorf, R. Günecke, Charlotte Niehaus, B. Riefe, A. Schüke, als Stellvertreter: B. Hedler, M. Jahn, W. Klocke, J. Klocketer, Anna Stiegler, G. Tappe.

7. Antrag: Arbeitsvermittlung.

Die Bürgerschaft setzt die Beschlußfassung über untenstehenden Antrag aus und ersucht den Senat, die zuständigen Kammern zur beschleunigten Stellungnahme aufzufordern und ihr diese weiterzuleiten.

„Antrag:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, sämtliche Behörden anzuweisen, bei Bedarf von Angestellten und Arbeitern sich nur der Einrichtungen des Arbeitsamtes zu bedienen.

Ferner wird der Senat ersucht, alle Behörden anzuweisen, öffentliche Aufträge nur an tarifstreue Unternehmer zu vergeben. Des weiteren sind die Arbeitgeber zu verpflichten, den aus der Vergabung öffentlicher Aufträge sich ergebenden Mehrbedarf an Arbeitskräften nur durch das Arbeitsamt anzufordern.

Das Arbeitsamt ist zu veranlassen, bei der Arbeitsvermittlung die langfristig Erwerbslosen, sowie die Ausgesteuerten besonders zu berücksichtigen.“

8. Antrag: Reichsmittel zur Förderung der Landwirtschaft.

Die Bürgerschaft erinnert an ihren Beschluß vom 12. Juli 1929 wegen Reichsmittel zur Förderung der Landwirtschaft, und ersucht den Senat, nunmehr den geforderten Bericht bis zum 1. Juli 1930 zu erstatten.

9. Bauliche Veränderungen im Linderhof und im Polizeihause.

Die Bürgerschaft stimmt der Vorlage (Verhdlg. S. 303) unter dem Vorbehalt erneuter Nachprüfung durch die Finanzdeputation zu.

10. Antrag: Flußbadeanstalten.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, beschleunigt prüfen zu lassen, ob das Baden in der offenen Weser und Dichtum im Stadtgebiet in dem bisherigen Umfang weiter zugelassen werden soll und darf, nachdem sich bereits 8 tödliche Unfälle in der diesjährigen kurzen Badezeit allein beim Freibaden in der Weser ereignet haben.

Die Bürgerschaft hält es für erforderlich, daß in erster Linie die Badeanstalt am Waller-See und nach Möglichkeit auch die anderen städtischen Badeanstalten in der Mittagszeit und an den Sonntagnachmittagen offen gehalten werden.

11. Antrag: Ruhelohn- und Hinterbliebenenversorgung für die Staatsarbeiter.

Da sich aus dem neuen Ruhelohngezet für die bremischen Staatsarbeiter für eine Anzahl von Staatsarbeitern, die nicht unter dieses Gezet fallen, Härten ergeben könnten, ermächtigt die Bürgerschaft die Finanzdeputation, für diese Fälle Sonderregelungen zu treffen.

12. Antrag: Überführung von Angestellten in das Beamtenverhältnis.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat um einen Bericht darüber, ob es zweckmäßig ist, die nach dem Gezet vom 25. Dezember 1912 dauernd übernommenen Angestellten in das Beamtenverhältnis zu überführen.

13. Antrag: Anlegung des Grundbuches.

Die Bürgerschaft erinnert an ihren Beschluß vom 21. Juni 1929 wegen Beschleunigung der Anlegung des Grundbuches und ersucht den Senat, den erbetenen Bericht baldigst zu erstatten.

14. Antrag: Änderung des Gesetzes betreffend die Friedhöfe.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die zuständige Behörde anzuweisen, der Bürgerschaft beschleunigt eine Änderung des § 10 des Gesetzes betreffend die Friedhöfe vom 6. Dezember 1874 vorzulegen, wonach die Beisetzung einer Urne auf einer Grabstätte hinfort als Benützung des Grabes im Sinne des Gesetzes gilt.

15. Antrag: Zinssatz für hypothekarische Darlehen.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat um einen beschleunigten Bericht darüber, ob jetzt, nach der mehrmaligen Herabsetzung des Reichsbankdiskonts, der Zinssatz für hypothekarische Darlehen ermäßigt werden kann.

16. Antrag: Ermäßigung des Preises für Strom, Gas und Wasser.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation für die Städtischen Werke mit einem Bericht zu beauftragen, wie die Preissenkung in Bremen durch Ermäßigung des Preises für Strom, Gas und Wasser einzuleiten ist.

17. Antrag: Änderung des Krüppelfürsorgegesetzes.

Die Bürgerschaft erinnert an ihren Beschluß vom 30. November 1928 betreffs Streichung des § 8 des Krüppelfürsorgegesetzes und erbittet nunmehr einen beschleunigten Bericht.

18. Veränderungen in der Besetzung von Deputationen.

Deputation für das Gesundheitswesen. Es scheidet aus: Minna Bahnson, es tritt ein: Dr. W. Böhmert.

Finanzdeputation. Es scheidet aus: C. Karfmeier, es tritt ein: H. Borchers.

Deputation für innere Verwaltung. Es scheidet aus: Dr. D. Steengrafe, es tritt ein: Dr. D. Hillebrecht.

14. Antrag: Übertragung des Besitzes auf die Kreispolizei.

Die Kreispolizeibehörde hat den Antrag, die Kreispolizei mit dem Besitz der Kreispolizei zu versehen, beantragt. Der Antrag ist vom 6. Dezember 1874 vorgelegt worden, wogegen eine Resolution vom 1. Januar 1875 einstimmig die Übertragung des Besitzes im Sinne des Gesetzes auf die Kreispolizei beschlossen wurde.

15. Antrag: Einsetzung der Kreispolizei in die Kreispolizei.

Die Kreispolizei hat den Antrag, die Kreispolizei in die Kreispolizei zu setzen, beantragt. Der Antrag ist vom 6. Dezember 1874 vorgelegt worden, wogegen eine Resolution vom 1. Januar 1875 einstimmig die Einsetzung der Kreispolizei in die Kreispolizei beschlossen wurde.

16. Antrag: Einsetzung der Kreispolizei in die Kreispolizei.

Die Kreispolizei hat den Antrag, die Kreispolizei in die Kreispolizei zu setzen, beantragt. Der Antrag ist vom 6. Dezember 1874 vorgelegt worden, wogegen eine Resolution vom 1. Januar 1875 einstimmig die Einsetzung der Kreispolizei in die Kreispolizei beschlossen wurde.

17. Antrag: Einsetzung der Kreispolizei in die Kreispolizei.

Die Kreispolizei hat den Antrag, die Kreispolizei in die Kreispolizei zu setzen, beantragt. Der Antrag ist vom 6. Dezember 1874 vorgelegt worden, wogegen eine Resolution vom 1. Januar 1875 einstimmig die Einsetzung der Kreispolizei in die Kreispolizei beschlossen wurde.

18. Antrag: Einsetzung der Kreispolizei in die Kreispolizei.

Die Kreispolizei hat den Antrag, die Kreispolizei in die Kreispolizei zu setzen, beantragt. Der Antrag ist vom 6. Dezember 1874 vorgelegt worden, wogegen eine Resolution vom 1. Januar 1875 einstimmig die Einsetzung der Kreispolizei in die Kreispolizei beschlossen wurde.

19. Antrag: Einsetzung der Kreispolizei in die Kreispolizei.

Die Kreispolizei hat den Antrag, die Kreispolizei in die Kreispolizei zu setzen, beantragt. Der Antrag ist vom 6. Dezember 1874 vorgelegt worden, wogegen eine Resolution vom 1. Januar 1875 einstimmig die Einsetzung der Kreispolizei in die Kreispolizei beschlossen wurde.

20. Antrag: Einsetzung der Kreispolizei in die Kreispolizei.

Die Kreispolizei hat den Antrag, die Kreispolizei in die Kreispolizei zu setzen, beantragt. Der Antrag ist vom 6. Dezember 1874 vorgelegt worden, wogegen eine Resolution vom 1. Januar 1875 einstimmig die Einsetzung der Kreispolizei in die Kreispolizei beschlossen wurde.

21. Antrag: Einsetzung der Kreispolizei in die Kreispolizei.

Die Kreispolizei hat den Antrag, die Kreispolizei in die Kreispolizei zu setzen, beantragt. Der Antrag ist vom 6. Dezember 1874 vorgelegt worden, wogegen eine Resolution vom 1. Januar 1875 einstimmig die Einsetzung der Kreispolizei in die Kreispolizei beschlossen wurde.